

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Terra und Luna - oder wie der Mond die Erde vernichtete](#)
2. [Das WEF, wo es vor allem um Geld und Macht geht ...](#)
3. [Der Wirtschaftskrieg geht nach hinten los](#)
4. [Die UNO vor dem Rückfall in die Blockaden des Kalten Krieges](#)
5. [Sind eigentlich alle ukrainischen Botschafter wie Andrij Melnyk?](#)
6. ["Brückenkopf für eigene Pläne" - Chodorkowski und die US-Militärhilfe für Kiew](#)
7. [Mittel oder Zweck: Krieg in der Ukraine](#)
8. [»Das Blut fließt ins Meer«](#)
9. [Kubicki fordert Corona-Aufarbeitung im Bundestag](#)
10. [Warteschleife statt Sprechzimmer](#)
11. [Corona-Impfung schützt offenbar nur moderat vor Long Covid](#)
12. [Berlin: Impfpflicht für Gesundheits- und Pflegepersonal kaum umsetzbar](#)
13. [Streiks an Uni-Kliniken in NRW: Gegen den alltäglichen Skandal](#)
14. [Wenn die Osis doch nur transsexuell wären ...](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Terra und Luna - oder wie der Mond die Erde vernichtete**

Kann es ein besseres Geschäft auf dieser Welt geben? Man behauptet, man sei ein Computergenie und habe verstanden, dass die von den Staaten ausgegebenen Währungen dieser Welt instabil, inflationsgefährdet und überhaupt vom Aussterben bedroht seien, weil sie auf der einen Seite mit ihren nationalen Begrenzungen viel zu inflexibel seien und auf der anderen Seite zu zentralistisch. Folglich werde man selbst eine Währung in die Welt setzen, die für jedermann verfügbar und jederzeit global

einsetzbar sei. Weil es so etwas in Form des Bitcoin schon gibt, dessen wilde Fluktuationen ihn nicht gerade als „Währung“ auszeichnen, behauptet man, eine Krypto-Währung geschaffen zu haben, die einen festen Wechselkurs zum US-Dollar habe.

Der Algorithmus für diese neue Kryptowährung war sicher schnell geschrieben, und schon begannen erstaunlich viele Menschen, ihre hart erarbeitete staatliche Währung gegen die elektronische Verheißung einzutauschen. Das Modell nahm rasch an Fahrt auf – wie das für ein Schneeballsystem nicht ungewöhnlich ist, solange kein Teilnehmer begreift, dass es ein Schneeballsystem ist.

Terra musste die „harte“ Währung heißen, darunter tat man es nicht. Um stabil zum US-Dollar gehalten zu werden, benötigte Terra eine eigene Kryptowährung namens Luna. Denn die Betreiber von Terra dachten mitnichten daran, das Geld, das sie von Anlegern erhielten, in auf US-Dollar lautende Papiere zu stecken, um die Parität von Terra zum US-Dollar abzusichern. Stattdessen – und das war der wirklich geniale Trick – bauten sie folgendes System auf: Wer die Währung Terra mit der 1:1 Fixierung zum US-Dollar bekommen wollte, musste dafür zuerst die Währung Luna erwerben, deren Wert sich nach Angebot und Nachfrage richtete. An ihrem höchsten Punkt, im zweiten Quartal 2022, wurde eine Einheit der Kunstwährung Luna zu über einhundert Dollar gehandelt. Man konnte also für einhundert US-Dollar eine Einheit Luna erwerben und sie in eine Einheit Terra umtauschen, die ihrerseits mit genau einem US-Dollar „abgesichert“ sein sollte.

Was nichts anderes heißt, als dass die Schöpfer für ihr elektronisches Nichts namens Luna zeitweise unglaubliche Gegenwerte in wirklicher Währung bekamen und gleichzeitig behaupteten, niemand gewinne oder verliere etwas, weil der Wert von Terra ja garantiert sei. Man fragt sich, wie blöd ein Mensch sein muss, um dieses „Geschäftsmodell“ nicht zu durchschauen, oder besser: wie geldgierig einerseits und erbost über die Null- bzw. Niedrigzinspolitik westlicher Zentralbanken andererseits, dass er sich auf so groben Unfug einlässt.

Wucher ist nichts dagegen, es ist einfach blanker Betrug, den die Politiker dieser Welt jedoch staunend verfolgen, als handele es sich um eine Naturgewalt zwischen Erde und Mond, der Menschen nichts entgegenzusetzen hätten. Der koreanische Gründer von Terra und Luna, Do Kwon, wird zwar mittlerweile von vielen (hier in der Financial Times) als der meistgehasste Mann Koreas bezeichnet, sitzt aber keineswegs hinter Gittern.

Quelle: [Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker auf Relevante Ökonomik](#)

2. **Das WEF, wo es vor allem um Geld und Macht geht ...**

Sic transit gloria mundi: So verkommt der Welten Glanz! Das WEF, einst eine hoffnungsvolle internationale Plattform, wo sich hochrangige Politiker und

einflussreiche Wirtschaftsmanager auf neutralem Schweizer Boden treffen und aussprechen konnten. Das WEF, heute eine neoliberale Wirtschaftspropaganda-Veranstaltung, die nicht zuletzt auch auf Schweizer Kosten die Globalisierung unter westlicher Führung anstrebt und unfolgsame Länder einfach ausschliesst. Eine geopolitische Tragödie. [...]

Jetzt hat aber Klaus Schwab selbst dem WEF einen ersten Sargnagel verpasst. Wo er sich bisher mit dem WEF als «Plattform für die Lösung internationaler Konflikte» - siehe oben - brüsten konnte, hat er mit dem von ihm beschlossenen Ausschluss Russlands von einer Teilnahme am WEF 2022 öffentlich eingestanden, worum es ihm heute geht: um das Geld der (westlichen) Reichen und um die Macht der (westlichen) Grossmächte.

Und wie reagiert darauf die «offizielle» Schweiz? Nicht weniger als sechs der sieben Schweizer Bundesratsmitglieder, darunter auch Simonetta Sommaruga und Alain Berset von der bisher WEF-kritischen SP, eilen nach Davos, um der internationalen Geld- und Macht-Prominenz die Reverenz zu erweisen. Den Vogel dabei hat Verteidigungsministerin Viola Amherd von der Mitte-Partei abgeschossen: Sie hat heute, am 24. Mai 2022, am WEF in Davos NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg getroffen und ihm zu wissen gegeben, dass sich die Schweiz der NATO annähern wolle.

Ein Kommentar erübrigt sich. Es bleibt zu hoffen, dass künftig viele Länder dieser Welt das WEF meiden, nachdem es vom Vermittler bei internationalen Konflikten zum offenen Unterstützer der weltweiten Hegemonialansprüche der USA und der von ihr geführten NATO verkommen ist.

Quelle: [Globalbridge](#)

3. **Der Wirtschaftskrieg geht nach hinten los**

Drei Monate dauert der Wirtschaftskrieg der EU und der USA gegen Russland nun schon, 50 Beiträge haben wir in unserem Live-Blog veröffentlicht. Höchste Zeit für eine Zwischenbilanz.

Als alles losging, hieß es in Brüssel, man wolle den Krieg in der Ukraine mit "massiven" Sanktionen beantworten, um den "Preis für Putin" hochzutreiben und den Kremlchef so zu einem schnellen Ende zu bewegen. Damit werde auch der Ukraine geholfen, hieß es. Der Wirtschaftskrieg sollte eine zweite Front aufmachen und Russland isolieren.

Quelle: [Lost in Europe](#)

dazu: **Die Sanktionen schlagen zurück**

Die aktuellen westlichen Russland-Sanktionen drohen die deutsche Wirtschaft in eine „strukturelle Krise“ zu stürzen, werden aber nicht genügen, um Russland zu

„ruinieren“ (Annalena Baerbock). Dies ergibt sich aus aktuellen Prognosen und Einschätzungen deutscher Experten. Demnach verschärft nicht nur der Ukraine-Krieg die ohnehin angespannte Lage der deutschen Wirtschaft, die für dieses Jahr allenfalls noch mit einem schwachen Wachstum rechnen kann. Der dramatische Anstieg der Energiepreise, der etwa durch den Umstieg auf teureres Flüssiggas und insbesondere durch die anhaltende Drohung mit einem Öl- und Gasboykott immer weiter forciert wird, belastet die in hohem Maße energieabhängige deutsche Industrie stark. Er könne dazu führen, dass die deutsche Wirtschaft „Kernbranchen verliere“, und „Teile der wirtschaftlichen Struktur“ der Bundesrepublik „zersetzen“, warnen Spezialisten. Die russische Wirtschaft wiederum werde durch die Sanktionen zwar geschwächt, aber nicht, wie in Berlin erwünscht, in den Kollaps getrieben, sagt ein Russland-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) voraus; sie werde „überleben“.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

4. **Die UNO vor dem Rückfall in die Blockaden des Kalten Krieges**

Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat zwar nach den Buchstaben der UNO-Charta die Zuständigkeit für zwischenstaatliche Konflikte und damit auch für die Feststellung und Bewertungen eines Angriffskrieges oder eines Völkermordes, den ein Staat an der Bevölkerung eines anderen Staates verübt. Der IGH kann allerdings nur tätig werden in Konflikten zwischen Staaten, die sich ausdrücklich der Gerichtsbarkeit des IGH unterworfen haben. Diesen Schritt haben bislang lediglich 73 UNO-Mitglieder vollzogen, und das auch häufig mit Vorbehalten und Einschränkungen. So hat etwa die deutsche Bundesregierung von ihrer 2008 abgegebenen Unterwerfungserklärung Einsätze der Bundeswehr im Ausland ausgenommen sowie die Nutzung deutscher Hoheitsgebiete für militärische Zwecke. Letztere Ausnahme gilt dann auch für die völkerrechtswidrigen Drohneneinsätze, die die USA über ihre Militärbasis im pfälzischen Ramstein steuern.

Eine Institution zur strafrechtlichen Verfolgung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit existierte während des Kalten Krieges nicht. Die Schaffung eines Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) mit Zuständigkeit für die vier Kernverbrechen, die die UNO-Generalversammlung bereits 1946 in einer fast einstimmigen Resolution forderte, wurde seitdem von den Vetomächten des Sicherheitsrates fast 50 Jahre lang hintertrieben. Denn sie mussten befürchten, wegen ihrer Verbrechen selber vor diesem Strafgerichtshof angeklagt zu werden. [...]

Allerdings ist die internationale Debatte ausserhalb wie innerhalb der UNO über die Verletzung völkerrechtlicher und menschenrechtlicher Normen spätestens seit Ende der 90er-Jahre immer stärker geprägt durch doppelte Standards, durch die selektive

Anwendung dieser Normen und durch Whataboutism – also durch den Versuch, von eigenen Verstößen abzulenken oder diese zu verharmlosen durch Verweis auf (tatsächliche oder auch nur vermeintliche) Verstöße Anderer.

Das betreiben die westlichen PolitikerInnen und viele Medien mit Blick auf Verstöße Russlands genauso wie umgekehrt.

Quelle: [Infosperber](#)

5. **Sind eigentlich alle ukrainischen Botschafter wie Andrij Melnyk?**

Diplomatie Der Vertreter der Ukraine in Deutschland maßregelt hiesige Politiker, gern auch mit Schimpfwörtern. Wie aber agieren Botschafter:innen der Ukraine anderswo in der Welt? Eindrücke aus 13 Staaten, u.a. Indien, Finnland und der Türkei

Russland hat die Ukraine angegriffen, das Land verteidigt sich. Der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, ist hierzulande sehr umstritten, weil er die Bundesregierung mit Vorwürfen mitunter sehr hart angeht – um sie zur Lieferung möglichst vieler, auch schwerer Waffen an die Ukraine zu drängen.

Manche in Deutschland können dieses Vorgehen sehr gut verstehen – schließlich sieht sich die Ukraine einem erbarmungslosen Angriffskrieg Russlands ausgesetzt. Andere wiederum meinen, Andrij Melnyk überspanne den Bogen – und füge der Diplomatie durch undiplomatisches Verhalten großen Schaden zu. Unabhängig davon, wie man zu Melnyk steht, stellt sich die Frage: Welche Strategie verfolgen Botschafterinnen und Botschafter der Ukraine in anderen Staaten der Erde?

Der Freitag hat Autorinnen und Autoren aus aller Welt gebeten, ihre Eindrücke zu schildern.

Quelle: [der Freitag](#)

6. **“Brückenkopf für eigene Pläne” - Chodorkowski und die US-Militärhilfe für Kiew**

Aus Washington, D.C. wird nach Kiew die beispiellose Summe von 40 Mrd. US-Dollar überwiesen – der Beschluss ist gefasst und endgültig. Der Großteil dieser Mittel fließt für Rüstungsgüter, berichten die Medien.

Die beiden ukrainischen Oligarchen Rinat Achmetow und Wiktor Pintschuk sowie der ehemalige russische Jukos-Eigentümer Michail Chodorkowski* waren bedeutende Lobbyisten für diese Entscheidungen, wie RT in Zusammenarbeit mit dem Portal Prigovor.ru [Urteil, Erkenntnis]herausfand. Sie finanzierten auch den Bericht der Denkfabrik Atlantic Council, der zwei Wochen vor Beginn der militärischen Sonderoperation herausgegeben wurde. Darin empfahlen die NATO-Analysten den USA und der Europäischen Union, den wirtschaftlichen Druck auf Moskau weiter zu verstärken und zugleich das Programm der militärischen Zusammenarbeit mit der Ukraine auszuweiten. Die Strategie des Atlantic Council ist in enger Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten entwickelt worden, berichten die von RT befragten Experten.

Quelle: [RT DE](#)

7. **Mittel oder Zweck: Krieg in der Ukraine**

Den Tiraden des ukrainischen Präsidenten gegen Anhänger eines raschen - und für die Ukraine potentiell ungünstigen - Friedensschlusses im Westen kann man bei aller moralischen Verurteilung eine gewisse Logik nicht absprechen. Selenskij steht an der Spitze einer Führung, die den jetzigen Krieg als historisch überfällig ansieht - sonst hätte er kürzlich nicht die Perspektive auf weitere Zehntausende ukrainische Tote durch die Einordnung des Krieges als »nachgeschoben« und mindestens seit der ukrainischen Unabhängigkeit 1991 fällig zu relativieren versucht. Selenskij ist die politische Kreatur des Oligarchen Igor Kolomojskij, der zu Kriegsbeginn 2014 aus eigenem Geld mehrere Freiwilligenbataillone aus ukrainischen Neonazis rekrutiert und sich kokett als »jüdischer Banderist« bezeichnet hat.

Quelle: [junge Welt](#)

dazu auch: **Frieren und hungern für den Endsieg: diesen NAZI-Sprech kennen wir**

Trump hatte etwas Gutes. Er vermied es, den üblichen amerikanischen Präsidenten-Krieg anzuzetteln

Das sind jene Kriege, die ein Präsident dann exekutieren muß, wenn den amerikanischen Strukturen danach ist und das Washingtoner System die Lage eskalierend für reif hält.

Die von Trump ausgehende Unlust auf einen solchen Krieg führte maßgeblich dazu, seine mögliche Wiederwahl unter allen Umständen zu verhindern. Trump wiederum muß seinen Ohren und Augen nicht getraut haben, als er das aus Westeuropa auf ihn gerichtete Trommelfeuer gewahr wurde. Dieses war gegen jeden Ansatz einer auf Verständigung mit Rußland gerichteten Politik seitens der Vereinigten Staaten gerichtet.

Quelle: [Seniora.org](#)

8. **»Das Blut fließt ins Meer«**

Heldentodromantik in deutschen Medien nach der Niederlage des »Asow«-Regiments in Mariupol. Ursache ist die unbewältigte Vergangenheit

In deutschen Medien wird die Kapitulation der im Hüttenwerk Asowstal verschanzten ukrainischen Soldaten und Nationalgardisten beharrlich als »Evakuierung« oder »Befreiung« bezeichnet. Als die stellvertretende Verteidigungsministerin der Ukraine, Hanna Maliar, von einem »erfüllten Kampfauftrag« sprach, der der Armee wichtige strategische Vorteile verschafft haben soll, wurde sogar als militärischer Erfolg verbucht, was tatsächlich eine schwere Niederlage ist.

Der Realitätsverlust wird aber mittlerweile von Verlustschmerz und Melancholie überstrahlt. »Die Helden der Ukraine in Moskaus Fängen«, stilisierte die FAZ die nationalistischen Kämpfer zu Märtyrern und bot dem Kommandeur des faschistischen »Asow«-Regiments eine Bühne für seinen Nekrolog: »Ich hoffe, dass ihre Angehörigen und die ganze Ukraine ihre Krieger ehrenvoll beisetzen kann«, sagte Denys Prokopenko - der stolz betont, dass er den Krieg, in den sein Großvater mit der finnischen Armee und »schrecklichem Hass auf den Kommunismus« 1939 gegen die Sowjetunion gezogen war, heute »an einem anderen Frontabschnitt« fortsetze.
Quelle: [junge Welt](#)

9. **Kubicki fordert Corona-Aufarbeitung im Bundestag**

Der FDP-Vizechef spricht sich gegen eine erneute Änderung des Infektionsschutzgesetzes ohne wissenschaftliche Grundlage aus. Man müsse Fehler anerkennen.

Der stellvertretende FDP-Parteivorsitzender Kubicki spricht bei einer Sitzung des Bundestags.

FDP-Vize Wolfgang Kubicki hat eine parlamentarische Aufarbeitung der Corona-Politik gefordert und deutlich gemacht, dass seine Partei mögliche erneute Einschränkungen im Herbst nur unter strengen Voraussetzungen mittragen wird.

„Einen weiteren Herbst und Winter wird es nicht geben, in denen wegen eines diffusen Datennebels Grundrechtsbeschränkungen vorgenommen werden“, sagte der Bundestagsvizepräsident der Deutschen Presse-Agentur.

Bundesgesundheitsministerium und Robert Koch-Institut seien in mehr als zwei Jahren Pandemie nicht in der Lage gewesen, vernünftig nutzbare Daten zu erheben, kritisierte Kubicki. Eine erneute Änderung des Infektionsschutzgesetzes, um Corona-Einschränkungen im Herbst wieder möglich zu machen, werde es mit den Freien Demokraten nur geben, wenn die Änderung ausreichend wissenschaftlich begründet werden könne.

Quelle: [Tagesspiegel](#)

10. **Warteschleife statt Sprechzimmer**

Kapitalismus ist lebensgefährlich. Investoren wollen für ihre Beteiligungen an Kliniken, Praxen und Pflegeheimen hohe Profite erzielen, auf Kosten von Kranken und Personal. Der Präsident der Bundesärztekammer, Klaus Reinhardt, warnte am Dienstag vor weiter wachsendem wirtschaftlichen Druck auf die Patientenversorgung. Preiswettbewerb, Kosteneffizienz und Renditestreben bestimmten mehr und mehr den Alltag in der Medizin, sagte er am Dienstag beim Deutschen Ärztetag in Bremen. Ärzte würden von Klinikträgern und Finanzinvestoren bei Medizinischen Versorgungszentren zunehmend angehalten, in rein betriebswirtschaftlichen Dimensionen zu denken und nach kommerziellen Vorgaben zu handeln. »Wir dürfen

nicht zulassen, dass unser Gesundheitssystem in ein profitorientiertes Franchisesystem umgewandelt wird. Und wir wollen auch keine industriegleichen Abläufe in der stationären Versorgung«, sagte Reinhardt. Der Einfluss von Finanzinvestoren auf ambulante Einrichtungen müsse gesetzlich eingedämmt werden. Finanzunternehmen sehen hingegen noch großes Kürzungspotential.

Quelle: [junge Welt](#)

11. **Corona-Impfung schützt offenbar nur moderat vor Long Covid**

Nach einer Durchbruchinfektion können auch geimpfte Menschen Long Covid-Symptome wie Müdigkeit, Kurzatmigkeit oder Konzentrations- und Gedächtnisprobleme entwickeln. Das fanden US-Forscher heraus, die zugleich betonen: Impfen schützt weiter vor schweren Covid-19-Verläufen.

Quelle: [mdr](#)

12. **Berlin: Impfpflicht für Gesundheits- und Pflegepersonal kaum umsetzbar**

Angestellte im Gesundheitswesen müssen nachweisen, dass sie gegen Corona geimpft oder genesen sind. Doch in Berlin fehlen laut einem Bericht Tausende Nachweise. Die Corona-Impfpflicht in Pflege, Praxen und Kliniken ist umstritten. Doch erst in der vergangenen Woche hatte das Bundesverfassungsgericht eine Verfassungsbeschwerde gegen die sogenannte einrichtungsbezogene Impfpflicht zurückgewiesen und die Impfpflicht für das Pflege- und Gesundheitspersonal als rechtens eingestuft. Während Patientenschützer Zweifel äußern, ob die einrichtungsbezogene Impfpflicht überhaupt den bestmöglichen Infektionsschutz bieten könne, zeigen sich in Berlin noch ganz andere Probleme: Die Impfpflicht ist im Berliner Gesundheitswesen nämlich bislang kaum umsetzbar.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

13. **Streiks an Uni-Kliniken in NRW: Gegen den alltäglichen Skandal**

Pflegende und Therapeut:innen der sechs Uni-Kliniken in NRW streiken. Für Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen.

Im harten Kampf um erträgliche Arbeitsbedingungen an den sechs nordrhein-westfälischen Universitätskliniken scheint die Arbeitgeberseite endlich zu Kompromissen bereit. Nachdem die Klinikleitungen noch am Dienstag mit einem Abbruch der Verhandlungen für einen „Tarifvertrag Entlastung“ gedroht hätten, soll jetzt doch schon am Freitag weiterverhandelt werden, heißt es aus Gewerkschaftskreisen. „Am dritten Verhandlungstag am Mittwoch haben sich die Arbeitgeber endlich bewegt“, war aus der Tarifkommission zu hören.

Die nicht erst seit Corona völlig überlasteten nichtärztlichen Beschäftigten der NRW-Unikliniken streiten schon seit Monaten für Arbeitsbedingungen, die sie nicht selbst krank machen. Die Pfleger:innen, Therapeut:innen, Assistent:innen und Servicekräfte fordern nicht mehr Geld, sondern schlicht mehr Personal, um eine angemessene

Versorgung der Patient:innen sicherzustellen.

Quelle: [taz](#)

14. **Wenn die Osis doch nur transsexuell wären ...**

Am letzten Samstag hat der RB Leipzig den DFB-Pokal gewonnen. Das gelang dem Verein erstmalig. Und erstmalig gelang das einem ostdeutschen Klub. Hat man davon viel gehört? Über Erstmaliges informiert man uns dauernd: Warum ignoriert man es dann eigentlich, wenn es um Osis geht?

Schon einige Fußball-Teams aus Ostdeutschland erreichten das DFB-Pokalfinale: Zweimal war RB Leipzig erfolglos, einmal jeweils Energie Cottbus und Union Berlin. Seit der Wiedervereinigung gelang es keinem Verein aus dem Osten, den Pott zu holen - ja, um es noch genauer zu sagen: Seit der Wiedervereinigung hat noch keine ostdeutsche Herrenmannschaft einen nationalen Titel eingeheimst. Am letzten Samstag wäre daher Historisches, ja Einmaliges und vor allem Erstmaliges geschehen. Die (Sport-)Berichterstattung blieb aber erstaunlich zurückhaltend. Zwar sprach man davon, dass die Leipziger jetzt ihren ersten Titel holten, aber dass sie damit auch erstmalig für den gesamten Osten erfolgreich waren, war offenbar keinem einen Satz wert. [...]

Natürlich debattierten die Stammtische dennoch über den Titelgewinn der Leipziger. Besonders um die Jugendlichkeit des Vereins ging es ihnen dabei. Weil der Vereine nur so eine Art Retortenklub sei, finden etliche Fußballanhänger im Lande diesen Erfolg nicht sonderlich attraktiv. Denn es fehle an Tradition, ja an Geschichte ganz generell. Da habe sich jemand einen Klub gebastelt, er sei nicht organisch gewachsen. Die Vorwürfe sind ein wenig verwegen, denn auch Vereine mit langer Tradition hängen heute nicht selten am Tropf ultrareicher Strippenzieher: Manchester City etwa - oder bis vor kurzem der FC Chelsea. Was ist an deren Strategie, sich das Bug Business verfügbar zu machen, so viel anders als an jener, die die Leipziger mit der Red Bull GmbH führen? [...]

Einen Verein wie RB Leipzig jetzt gewissermaßen gegen die reine Tradition auszuspielen, ist auch nichts weiter, als Ausdruck dieser deutschen Sportnostalgie. Jetzt spielt nach Jahrzehnten der Deklassierung mal an ostdeutscher Klub jenes kapitalistische Spiel mit, das die vermeintlichen Traditionsklubs im Westen schon seit Dekaden aufziehen, nämlich Geld reinbuttern, sich als Wirtschaftsunternehmen positionieren, Pfründe sichern, klotzen und nicht kleckern: Und schon ist es auch nicht recht.

Quelle: [neulandrebelln](#)

dazu auch: **Was wäre, wenn Leipzig in Bayern läge?**

Quelle: [NachDenkSeiten](#)